

**«35 Jahre Wahrung der Unabhängigkeit:
wie weiter?»**

Rede an der Polittagung der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz AUNS vom 28. August 2021 in der Mehrzweckhalle Kaserne Bern

Von Christoph Blocher, a. Bundesrat

Es gilt das schriftliche und das mündliche Wort. Der Redner behält sich vor, auch stark vom Manuskript abzuweichen.

Inhaltsverzeichnis

«35 Jahre Wahrung der Unabhängigkeit: wie weiter?»

- I. Warum die AUNS gegründet wurde**
- II. Verhinderter EWR-/EU-Beitritt**
- III. Die Nach-EWR-Zeit**
- IV. 2021 – Jahr der Unabhängigkeit**
- V. Hütet Euch!**
- VI. Wie weiter mit der AUNS?**

Herr Präsident,

Damen und Herren Nationalräte und alt Nationalräte,

Mitglieder, Freunde und Gäste der Aktion für eine unabhängige und
neutrale Schweiz,

Liebe Mitkämpferinnen und Mitkämpfer,

Getreue, liebe Mitlandleute,

Liebe Frauen und Männer!

I. Warum die AUNS gegründet wurde

Das Alter bringt es leider mit sich, dass man sich an manche Namen nicht mehr erinnert. Den Namen AUNS habe ich aber noch nie vergessen! Doch das Ganze hat eine Vorgeschichte, an die ich mich gut erinnere.

Wir blenden zurück ins Jahr 1986: Obwohl Bundesrat, Parlament und fast alle Parteien für den Beitritt der Schweiz zur politischen Uno waren, **sagten die Stimmbürger und sämtliche Kantone am 16. März 1986 mit 75,7% Nein zum Beitritt in die politische Uno.**

Im Vorfeld dieser Uno-Abstimmung hatte ich ein **«Schweizerisches Aktionskomitee gegen den Uno-Beitritt» gegründet**, gemeinsam mit dem Nidwaldner CVP-Nationalrat Joseph Iten, dem Walliser CVP-Ständerat Guy Genoud, dem liberalen Waadtländer Ständerat Hubert Raymond, dem freisinnigen Berner Alt-Nationalrat Otto Fischer und dem

Winterthurer Alt-Nationalrat Heinrich Schalcher von der EVP. Der erfahrene, grundsatztreue Gewerbeverbanddirektor Fischer erklärte sich bereit, den eigentlichen Wahlkampf zu führen, wenn ich das Präsidium übernehme. So konstituierten wir uns, führten den Kampf mit kleinen, prägnanten Inseraten – und gewannen!

Gegen eine schweizerische Mitwirkung an den humanitären und kulturellen Unterorganisationen hatten wir nichts einzuwenden; sie hatte ja auch schon eine jahrzehntelange Tradition. Die *politische* Uno und erst recht der Uno-Sicherheitsrat – als Entscheidungsinstanz über Krieg und Frieden – **widersprachen aber unserer bewaffneten Neutralität.**

Nach dieser siegreichen Uno-Abstimmung verfügten wir über eine beachtliche Mitgliederkartei des Abstimmungs-Komitees und über eine Kasse, in der noch etwas Geld war. In der Erkenntnis, **dass die Erhaltung der bewaffneten Neutralität und die Wahrung der schweizerischen Unabhängigkeit von**

zentraler Bedeutung für unser Land ist, kamen wir überein, eine «**Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz**» – abgekürzt **AUNS** – zu gründen.¹ So liessen wir am Mittwoch, **den 30. Juli 1986** unser Land in einem Communiqué folgendes wissen – ich zitiere: «**Die vom Zürcher SVP-Nationalrat Christoph Blocher präsierte Organisation nennt als ihre Hauptaufgabe die Überwachung der Aussenpolitik des Bundes im Sinne eines aktiven Einsatzes zur Wahrung der schweizerischen Unabhängigkeit, Neutralität und Sicherheit. Sie will ‘Aktivismus’ in der Aussenpolitik und ‘unnötige internationale Engagements’ verhindern. Eine Isolierung der Schweiz gegen aussen werde nicht bezweckt, sondern eine der schweizerischen Mentalität und den eigenen Interessen entsprechende Aussenpolitik, die auch die Leistung echter Guter Dienste einschliesst.**»²

¹ Christoph Blocher: Unabhängigkeit und Neutralität nach 30 Jahren – aktueller denn je, Rede an der Mitgliederversammlung der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz AUNS vom 2. Mai 2015 im Hotel National in Bern.

² «Für eine unabhängige und neutrale Schweiz», Organisation der Uno-Beitrittsgegner, in: NZZ Nr. 175, 31.7.1986, S. 26.

Als Vizepräsidenten der AUNS wirkten Paul Eisenring (CVP) und Otto Fischer (FDP), der auch bereit war, die Geschäftsleitung zu übernehmen – alles natürlich ehrenamtlich. Dem Vorstand gehörten vor allem Parlamentarier der bürgerlichen Bundesratsparteien an. Nach der überaus erfolgreichen Verwerfung der Uno-Beitrittsvorlage war die Mitgliedschaft im Vorstand für Parlamentarier begehrt.

Die AUNS war dringend nötig, denn im Abstimmungs-Kampf gegen den Uno-Beitritt hatten wir gemerkt, dass neben den Linken – die Grünen waren noch kaum existent – auch zahlreiche Bürgerliche nicht mehr zu den Schweizer Staatssäulen standen. Sie begannen zu zweifeln und zu schwanken. Das spürte man erst recht, als 1989 der osteuropäische Kommunismus zusammenbrach; der Eiserne Vorhang und der Kalte Krieg waren plötzlich Geschichte. Naivität und Friedenseuphorie breiteten sich aus. Viele in der Bundesverwaltung und in den Hochschulen glaubten, jetzt sei der ewige Friede und die dauernde Völkerverständigung ausgebrochen. **Grösse,**

Globalisierung, Grössenwahn und Abgehobenheit triumphierten. Landesgrenzen, Landesverteidigung und Unabhängigkeit wurden verspottet, der Internationalismus war jetzt Trumpf. Die Neutralität und die Unabhängigkeit der Schweiz seien nicht mehr wichtig, entscheidend sei jetzt das Mitmachen in internationalen Organisationen, der Konferenztourismus, die roten Teppiche und das Blitzlichtgewitter der Medien. Kriege werde es keine mehr geben, und wenn schon, sei eine Vorwarnzeit von zehn bis zwanzig Jahren (!) zu erwarten – so tönte es aus dem Eidgenössischen Militärdepartement.

Zur Erinnerung: Nur wenige Jahre danach brachen in Ex-Jugoslawien – eine gute Flugstunde von uns entfernt – entsetzliche, blutige Bürgerkriege aus, die massive Flüchtlingsströme in unser Land auslösten. Doch die neue Grenzenlosigkeit mitsamt der Verwischung von Verantwortung gefiel vor allem den Politikern und den Regierenden. Unsere eidgenössischen Repräsentanten genossen es zunehmend, im Ausland wie

Fürsten empfangen zu werden. Das war angenehmer und bequemer, als vor dem störrischen Volk mühsame Vorlagen vertreten zu müssen. Ich erschrak, als 1991 anlässlich der 700-Jahrfeier der Eidgenossenschaft am 1. August der damalige freisinnige Nationalratspräsident auf dem Rütli vom **Aufbruch Richtung Europa** schwärmte.³ Der Präsident der Zürcher Handelskammer meinte gar, die Schweiz müsse aufpassen, dass sie nicht vom **«Sonderfall» zum «Sonderling»** werde.⁴ Bei der Weltausstellung in Sevilla stand über dem Schweizer Pavillon **«La Suisse n'existe pas»**. Hunderte von Kulturschaffenden erklärten einen **Kulturboykott** – das heisst, sie wollten sich nicht am Jubiläum unseres Landes beteiligen. (Wobei viele, die damals unterschrieben haben, mir noch nie als Kulturschaffende aufgefallen waren. Das war von der Kompetenz und den Fähigkeiten damals etwa gleich, wie wenn ich diesen Sommer erklärt hätte, ich würde aus Protest nicht am Stabhochsprung bei den Olympischen Spielen in Tokio mitmachen!)

³ Alan Cassidy, Philipp Loser: Der Fall FDP, eine Partei verliert ihr Land, Zürich 2015, S. 75.

⁴ Europa als Raum von Wirtschaft und Politik, die FDP an der innenpolitischen Verarbeitung des EWR, in: NZZ Nr. 116, 21.5.1990, S. 33.

So sank das von der Bundesverfassung festgehaltene Credo des selbständigen, dauernd bewaffneten, neutralen, direktdemokratischen Land in den Sumpf bequemer und verlotterter Handlungen. Ja, in dieser verwahrlosten, sogar pubertären Stimmung war **mutiges Gegensteuern** durch **realistische, der Wirklichkeit verpflichtete Politiker dringend nötig.**

Der Ernstfall für die neue Organisation AUNS kam früher als erwartet: Der Bundesrat und die ganze Classe politique **entschieden 1991/92, dass die Schweiz den Vertrag zum Beitritt in den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)** unterzeichnen müsse. Wir hatten einen – anfänglich fast hoffnungslosen – Abstimmungskampf zu führen. Obwohl von seiner Krankheit bereits gezeichnet, leistete Otto Fischer als Geschäftsführer Hervorragendes. Er schickte mich als Präsidenten an die Front von zweihundert Veranstaltungen, erledigte aber die grosse Werbearbeit im Hintergrund.

Längst hatte sich in der AUNS die Spreu vom Weizen getrennt. Denn die AUNS bekämpfte eine **Parlamentsreform**, die das **Berufsparlament** gefördert hätte und eine erhebliche **Erhöhung der Parlamentarierentschädigungen** vorsah. Etliche Parlamentarier von der AUNS zogen sich deshalb aus dem Vorstand zurück. Sie waren über das Referendum erobost. Ihr Portemonnaie als faktische Berufspolitiker war ihnen wichtiger als die Unabhängigkeit und die Neutralität der Schweiz. «Lassen wir sie ziehen», sagte Otto Fischer: «Solch unsichere Kumpane braucht die AUNS nicht, Du wirst sehen, wir stehen ohne sie viel standhafter und kampfkraftiger da.» Und tatsächlich: Otto Fischer sah klar!

Später engagierten sich nämlich die meisten dieser Abtrünnigen für den EWR, weil sie glaubten, der Zeitgeist wehe jetzt anders. Otto Fischer kommentierte: «Wie gut es ist, dass wir diese vaterlandslosen Gesellen rechtzeitig losgeworden sind.»

II. 1992: Verhinderter EWR/EU-Beitritt

Der Kampf gegen den Beitritt der Schweiz zum EWR wurde dann zur bislang grössten Bewährungsprobe für die AUNS. **Schon dieser EWR-Vertrag war ein Knebelvertrag für die Schweiz. Aber ein Ja hätte zudem wenig später den EU-Beitritt bedeutet.** Der Bundesrat hat damals nämlich wörtlich festgehalten: **«Unsere Teilnahme am EWR kann nicht mehr als das letzte Wort in unserer Integrationspolitik gelten. Sie ist im Rahmen einer Europa-Strategie zu sehen, die in zwei Phasen ablaufen soll und den vollumfänglichen Beitritt der Schweiz zur EG zum Ziel hat.»**⁵

Die Strategie war klar, auch wenn die Befürworter im Abstimmungskampf dies zu **vernebeln und zu bestreiten versuchten.**

Die AUNS spielte in diesem Abstimmungskampf die entscheidende Rolle. Sie leistete nicht nur

⁵ Botschaft zur Genehmigung des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, 18.5.1992, S. 59.

Widerstand, sie führte ihn an. Denn es war der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz wohlbewusst, dass es sich beim **EWR um einen Kolonialvertrag** handelte: **Eine fremde Macht – die EU, damals noch EG genannt – sollte künftig bestimmen und Recht setzen. Es ging um fremdes Recht und fremde Richter.**

Die Befürworter wiegten sich bis zum Herbst 1992 in Sicherheit, weil fast alle Parteien und die Wirtschaftsverbände – inklusive der Schweizerische Gewerbeverband – die Ja-Parole beschlossen hatten. «Alle gegen Blocher», titelte die Zeitschrift «Cash». Die Liste der Patronatsmitglieder des Komitees «Ja zum EWR» lese sich wie ein «Who is who» aus Politik und Wirtschaft. Da sei «alles vertreten, was in der Schweiz Rang und Namen hat». Und weiter spottete die Zeitschrift «Cash»: «Ausser Christoph Blocher und seine Mannen natürlich, die sich im gegnerischen Sammelbecken der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)

zusammengeschlossen haben.»⁶ Meine Damen und Herren, **die meisten damals aufgeführten angeblich grossen Namen der Schweizer Wirtschaft sind wenig später sang- und klanglos verschwunden, oft mitsamt ihren Unternehmen.** Und die Zeitschrift «Cash» existiert auch längst nicht mehr. **Aber die AUNS gibt es immer noch.**

Die **Grundsäulen** der erfolgreichen Schweiz – die **Eigenständigkeit, die Unabhängigkeit, der Föderalismus, die direkte Demokratie** und die **bewaffnete Neutralität** – waren 1992 in höchster Gefahr. An der AUNS-Mitgliederversammlung wurden die Aktivisten eingeschworen: **«Wir müssen jetzt alle unsere Kräfte auf den Urnengang vom 6. Dezember 1992 ausrichten».** Denn der EWR-Vertrag verpflichtete die Schweiz nicht nur, **«einen grossen Teil des heutigen, sondern vor allem auch des künftigen – heute unbekanntes – Rechts zu übernehmen».** Dieses künftige Recht werde durch die EU bestimmt.

⁶ Fredy Haemmerli: Alle gegen Blocher, EWR-Befürwortern fehlt es an Geld und Engagement, in: Cash Nr. 28, 10.7.1992, S. 11.

Die Volksrechte seien ausgeschaltet und das Parlament habe «nichts mehr zu sagen». Hinzu komme, dass **«fremde Richter bestimmen, welches Recht zu übernehmen ist und wie dieses auszulegen sei»**. Und ich rief in den prallvollen Saal des Hotels National in Bern: **«Der EWR-Vertrag ist eines freien Volkes unwürdig. Den Verlust an politischen Freiheits- und Selbstbestimmungsrechten kann uns nur eine schwache Regierung vorschlagen. Darum bekämpfen wir den eingeschlagenen Weg mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln.»**⁷

Dies alles zitiere ich nicht aus dem Gedächtnis, sondern von der damaligen Schweizerischen Depe-
schenagentur. Und diese zitierte früher noch korrekt,
schliesslich erhielt sie damals noch keine Bundesfi-
nanzspritze!

Es half uns, dass der Bundesrat **am 18. Mai 1992 mit vier gegen drei Stimmen beschlossen hatte, in**

⁷ Mitgliederversammlung der Auns in Bern gegen EWR und EG: «Der EWR-Vertrag ist eines freien Volkes unwürdig», SDA/ATS, 27.6.1992.

Brüssel ein Gesuch für den Beitritt der Schweiz zur EU einzureichen.

Man sprach beim EWR von einem «**Trainingslager**».

Und das war nur folgerichtig, denn einem Beitritt zum Kolonialvertrag EWR konnte man nur zustimmen, wenn man der EU beitreten wollte.

Die persönlichen Anwürfe und Dreckeleien unserer Gegner schadeten erstaunlicherweise unserer Sache nicht. Nicht einmal dann, als der freisinnige Nationalrat Ernst Mühlemann behauptete, der Blocher habe «die verstandesmäßige Kontrolle verloren»⁸ – im Klartext: Jetzt sei Blocher ganz und gar geisteskrank!

Ab dem 5. November 1992 lag in den Schweizer Kiosken diese 51-seitige Broschüre mit dem Titel «**EWR – der falsche Weg für die Schweiz**»⁹ zu einem günstigen Preis zum Kauf bereit.

Verfasst und finanziell

⁸ Martin Suter, Jürg Lehmann: Blocher im bürgerlichen Gegenwind, in: Sonntagszeitung, 2.2.1992, S. 5.

⁹ Christoph Blocher: EWR – der falsche Weg für die Schweiz, o.O. [Schaffhausen] o.J. [1992].

ermöglicht hatte diese Aufklärungsschrift meine Frau Silvia! Zum Glück standen auch die Kioskverkäuferinnen auf unserer Seite, so dass sie die Anti-EWR-Broschüre nicht hinter den Nackt-Heftli versteckten, sondern prominent zuvorderst in der Auslage platzierten.

Am 6. Dezember 1992 stand das Resultat, an das wir schon selber nicht mehr glaubten, fest: Eine Mehrheit von 50,3 Prozent stimmte Nein – mit Ausnahme beider Basel lehnten alle Deutschschweizer Kantone den EWR-Beitritt ab. Dies geschah bei einer sensationell hohen Stimmbeteiligung von fast 80 Prozent. Das Schweizer Volk hatte den Mut, zur Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Neutralität zu stehen.

- Ohne die AUNS wäre dieser Grosserfolg niemals möglich geworden.
- **Ohne die AUNS wäre die Schweiz heute nicht nur Mitglied des EWR, sondern auch Mitglied der EU!**

- Ohne die AUNS ginge es heute allen Bürgerinnen und Bürgern schlechter.
- Ohne die AUNS hätten die Bürgerinnen und Bürger nichts mehr zu sagen, umso mehr aber die Politiker, Professoren, Zeitungsschreiber, Bundesangestellten und Diplomaten, die die Schweiz innerlich längstens aufgegeben hatten.
- Ohne die AUNS hätten die Schweizer Soldaten längst unter fremdem Kommando mit bewaffneten Einsätze in weit entfernten Ländern ihr Leben aufs Spiel setzen müssen, unter anderem in Afghanistan!

Der 6. Dezember 1992 löste bei den Befürwortern eines EWR- und EU-Beitritts **Katzenjammer** aus. Die CVP zum Beispiel schwafelte von einer «exotischen Rechten»¹⁰ und forderte sogar, **die Abstimmung müsse wiederholt werden.**¹¹ Meine Damen und Herren, **heute existiert der Name CVP nicht mehr, aber die AUNS ist immer noch da!**

¹⁰ Nach der EWR-Abstimmung, SDA/ATS, 7.6.1992.

¹¹ Demonstration in Bern, SDA/ATS, 19.12.1992.

Sogar die Schweizerische Bankgesellschaft
(SBG), in deren Verwaltungsrat ich damals sass
und die mich dann wegen des EWR-Kampfs nicht
mehr wollte, beschäftigte sich mit der AUNS: «Un-
tolerierbar», so liess der SBG-Vorstand mitteilen,
sei «die Art und Weise, wie die EWR-Befürworter
durch die von Blocher präsidierte Aktion für eine
unabhängige und neutrale Schweiz diffamiert wür-
den».¹² Meine Damen und Herren, **eine Schwei-
zer Grossbank namens SBG gibt es längst
nicht mehr, aber die AUNS ist immer noch da!**
**Und hätte der Bund keinen finanziellen Ret-
tungsanker geworfen, wäre auch die Nachfol-
gebank UBS eroffen!**

¹² Hinauswurf Blochers aus dem SBG-Verwaltungsrat, Antrag an die Generalver-
sammlung, in: NZZ Nr. 296, 19./20.10.1992, S. 20

III. Die Nach EWR-Zeit

Der Bundesrat, die Bundesverwaltung und die grosse Mehrheit des Parlamentes konnten die Abstimmungsniederlage und das Votum der Stimmbürger kaum überwinden. Obwohl sie schon nach dem ersten Tag sahen, dass die Schreckgespenster nicht eintrafen, versuchten sie, die Sache zu ihren Gunsten zu korrigieren. **Anschluss an die EU war das unausgesprochene Ziel. In grossem Stil wurden bilaterale Verhandlungen geführt, aber nicht mit der Absicht, damit die Schweiz – wie beschlossen – als selbständiger Staat ausserhalb der EU erfolgreich weiterzuentwickeln, sondern, um die Schweiz schlussendlich in die EU zu führen.** Als Verhandlungsführer wurde nicht ein entschiedener Vertreter der Schweizer Interessen gegenüber der EU bestimmt, sondern mit Staatssekretär Jakob Kellenberger ein ganz entschiedenen Euro-Turbo, der die Schweiz in die EU führen wollte. So sind Guillotine-Klauseln und Verknüpfungen entstanden, welche die

bilateralen Verträge praktisch unkündbar machten, so dass die Classe politique auch bereit war, **dem Wunsch der EU zu einem Rahmenvertrag, d.h. einem Institutionellen Abkommen, entgegenzukommen.** Wieder wollte alles, was Rang und Namen hatte, diesen institutionellen Kolonialvertrag unterschreiben, obwohl unser Land **die EU als Gesetzgeber für die Schweiz und fremde Richter** vertraglich hätte akzeptieren müssen. Doch diesmal wurden mehr Kreise hellhörig als beim EWR-Vertrag. Zudem zeigten sich schon klar die Folgen der Preisgabe der Selbstbestimmung an konkreten Politikfeldern: Die Schweiz hätte auf **Lohnschutzmassnahmen sowie auf staatliche Beteiligungen von Firmen verzichten und die Bürgerrechtlinie der EU übernehmen müssen.**

Und dann passierte, was wir nicht für möglich gehalten haben. **Dieser Vertrag scheiterte nicht erst in der Volksabstimmung, sondern schon im Bundesrat.**

IV. 2021 – Jahr der Unabhängigkeit

Damit durfte die Schweizerische Eidgenossenschaft am 26. Mai 2021 eine weitere Sternstunde erleben.

Der Bundesrat hat entschieden, die Verhandlungen mit der Europäischen Union über den verfehlten Rahmenvertrag abubrechen.

Mit diesem mutigen und schicksalsträchtigen Entscheidung hat unsere Landesregierung die schweizerische Unabhängigkeit und Selbstbestimmung verteidigt. Das erfüllt uns alle, auch mich als früheres Mitglied dieser Behörde, mit Freude, Stolz und Dankbarkeit.

Auch das Auftreten von Bundespräsident Guy Parmelin in Brüssel war ein Lichtblick: Da stand der schweizerische Bundespräsident – der Stellvertreter unseres Volkes – als einfacher Waadtländer

Weinbauer – mit klaren, einfachen Worten vor die EU
in Brüssel hin und teilte nüchtern mit:

**Die Schweiz und die EU könnten sich über das
vorliegende institutionelle Abkommen nicht eini-
gen, weshalb die Schweiz die Verhandlungen be-
ende.**

Aber die gutnachbarschaftlichen Beziehungen wür-
den weiter gepflegt.

Für diese selbstverständlichen Botschaften brauchte
es keine hochgebildete, diplomatische, aalglatte, mit
allen Ränkespielen vertraute Personen. **«Ein Mann,
ein Wort!»,** das genügte.

«Wir wollen keine fremden Richter haben!» So er-
klärten es die Eidgenossen in ihrem Bundesbrief von
1291. Und das ist auch die Botschaft bis heute ge-
blieben. **Das ist letztlich auch die Botschaft des
Bundesratsbeschlusses vom 26. Mai 2021.** Es ist
die Mitteilung an die EU, dass sie – anders als von ihr
gewünscht – nicht Gesetzgeberin anstelle des

Schweizer Volkes wird. **Die Schweiz bleibt, wie sie war, ist und bleiben wird.** Das müssen die Machthaber der ganzen Welt – und seien sie noch so bedeutend – wissen. Meine Damen und Herren, die Schweiz erlebte nach sieben Jahren zäher Verhandlungen mit kreuzfalschen Verhandlungszielen **am 26. Mai 2021 so etwas wie eine Wiedergeburt.**

Damit sind die bedeutendsten Daten der Schweiz

- **1291: Bundesbrief als Geburtsurkunde und Unabhängigkeitserklärung**
- **1848: Die neue Bundesverfassung für die selbständige, demokratische, neutrale und föderalistische Schweiz**
- **6. Dezember 1992: Nein zum EWR / EU-Beitritt**
- **26. Mai 2021: Vertragsverhandlungsabbruch des institutionellen Abkommens mit der EU.**

Der 6. Dezember 1992 und der 26. Mai 2021 sind in der Bedeutung den alten Schweizer Schlachten Morgarten,

Sempach, Burgunderkriege, Schwabenkriege usw. gleich-
zusetzen. Damals wehrte man sich für die Unabhängigkeit
auf den Schlachtfeldern – heute durch Entscheide des Sou-
veräns.

V. Hütet Euch!

Reden wir jetzt noch über die heutigen Kampftruppen – insbesondere die AUNS – das heisst die **Kraft zur Abwehr** jener Kräfte, die die Schweiz preisgeben wollen:

Um die Verhinderung des EU-Rahmenabkommens zu erreichen, haben wir **in Ergänzung zur AUNS das «Komitee EU-No» gegründet**. Das Ziel war eindeutig. **Kein institutionelles Abkommen mit der EU.**

Die Gefahr der institutionellen Anbindung an die EU ist zwar im Moment gebannt, aber keineswegs verschwunden. Wir haben einen bedeutenden Etappensieg errungen. Die Mehrheit der Classe politique strebt aber nach wie vor die automatische Rechtsübernahme, die Entscheidungsgewalt der fremden Richter und die Unterschrift unter den landesverräterischen Vertrag an, der mit der doppelten Guillotine-Klausel faktisch ein

Kündigungsverbot bedeutet hätte. All das wird leider früher oder später wieder auf den Tisch kommen.

Schon heute sprechen die Linken, die Grünen oder die Grünliberalen von einem neuen Kolonialvertrag EWR und einem EU-Beitritt. Andere in Bern und Brüssel brüten über einen anderen Namen, um den **alten Wein in neuen Schläuchen zu verkaufen.** Der süddeutsche EU-Abgeordnete Andreas Schwab zum Beispiel hat die heuchlerische Bezeichnung **«Abkommen zur besseren Zusammenarbeit» vorgeschlagen.**¹³

Neben solchen Fassadenmalern müssen wir uns auch vor **Rechtsverdrehern** hüten. Diese erheben **irgendwelche Rechtssätze zum Völkerrecht**, das über unserer Verfassung und unserer Demokratie stehe. So wie es 2010 der Zürcher Staatsrechtler Daniel Thürer mit einem Geheimgutachten tat, das darlegte, **dass man das EU-Recht einfach als übergeordnetes Völkerrecht beurteilen müsse und so**

¹³ Daniel Steinvorth: Neuer Name für ein neues Abkommen mit der Schweiz gesucht, in: NZZ online, 24.6.2021.

ganz ohne Volksabstimmung geräuschlos in die EU hineingleiten könne.¹⁴

Der «Tages-Anzeiger» kommentierte nach der Ablehnung des CO₂-Gesetzes durch das Volk: **«Wir sind nicht nur moralisch, sondern auch durch das Pariser Klimaabkommen völkerrechtlich verpflichtet, Klimaschutz zu betreiben.»**¹⁵ Plötzlich, wie durch Zauberhand, wird ein vom Bundesrat unterschriebenes, vom Volk nicht genehmigtes internationales Abkommen **übergeordnetes Völkerrecht, das nationales Recht bricht und damit unsere Demokratie und unsere Bürgerrechte mit Füßen tritt.**

Darum – meine Damen und Herren –, gilt es, sich für eine **Volksabstimmung** vorzubereiten, weil wir nicht glauben, dass schon der Bundesrat dem bösen Treiben ein Ende bereiten könnte, denn dem jetzigen Burgfrieden ist nicht zu trauen. **Wachsamkeit und Misstrauen bleiben erste Bürgerpflicht.** «Hütet Euch am Morgarten!», liess der Ritter von Hünenberg

¹⁴ Daniel Thürer: Gutachten über mögliche Formen der Umsetzung und Anwendung der Bilateralen Abkommen, 7.7.2011.

¹⁵ Martin Läubli: Kommentar zur Klimapolitik, Verunsicherung können wir uns nicht leisten, in: Tages-Anzeiger, 27.7.2021, S. 2.

die Eidgenossen vor der Schlacht am Morgarten wissen. Auch wir sollten auf der Hut sein.

VI. Wie weiter mit der AUNS?

Das **2013 gegründete «Komitee EU-No»**, das heute unter dem **Präsidium von Nationalrat Roger Köp-
pel steht**, hat seinen Auftrag vorerst erfüllt.

Nicht so die AUNS. **Eine nüchterne Beurteilung ergibt, dass allein mit der heutigen AUNS eine Volksabstimmung nicht zu gewinnen sein wird.**

Es zeigen sich – wie bei allen lange andauernden Organisationen und Verbänden – Stillstandschäden. Die AUNS muss aber Gewähr bieten, dass wir nicht nur kämpfen, sondern gewinnen.

Doch da wir nicht wissen, was die Classe politique europapolitisch längerfristig ausheckt, wäre eine Auflösung des EU-No-Komitees eine Schwächung.

Wie kann man einen Sieg in einer späteren Volksabstimmung erreichen? **Eine Konzentration der Mittel**

drängt sich auf. Es ist zwingend nötig, die Abwehrkräfte zu stärken und neu zu organisieren. Ziel ist es:

- 1) **die AUNS und das EU-No-Komitee auf einen allfälligen Abstimmungskampf auszurichten, der Gewähr bietet, dass wir gewinnen.**
- 2. EU-No ist bereit, eine Fusion von AUNS und EU-No in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zu prüfen und die beiden Organisationen zusammenzulegen, wenn dadurch die neue Organisation besser wird als es zwei Organisationen sind.
- 3. **Es soll eine Arbeitsgruppe** aus beiden Organisationen gebildet werden. Das «Komitee EU-No» hat mich beauftragt, ans Präsidium der AUNS zu gelangen mit dem Ersuchen, eine solche Arbeitsgruppe zu bilden. Da ich als Mitbegründer und langjähriger Präsident der beiden Organisationen deren Schwächen und Stärken gut kenne, bin ich bereit diese Arbeitsgruppe zu leiten.

Mit welcher Strategie, mit welchen Mitteln und welche Personen, die neuen Funktionen am besten zu bewältigen sind, wird sich im Rahmen der Beratungen in dieser gemeinsamen Arbeitsgruppe zeigen.

Wie Sie gelesen haben, wird **Herr Werner Gartenmann die AUNS-Geschäftsführung abgeben und eine neue Herausforderung annehmen.** Das ist ein zusätzlicher Grund, um die beiden Organisationen strategisch, personell und organisatorisch neu auszurichten. **Herr Gartenmann war ja nicht nur irgendein Geschäftsführer der AUNS – sondern in den vergangenen Jahren Gesicht, Motor und treibende Kraft.** Schon als Student war er teilzeitlich beim EWR bei der AUNS tätig und hat seither die Führung eng begleitet und schlussendlich die Geschäftsstelle übernommen. Er wird ja wohl noch zu gegebener Zeit gewürdigt werden und die kommenden Arbeiten noch eng begleiten.

Wir bleiben auf dem Posten! Und ich weiss, dass auch Sie alle, jede und jeder Einzelne von Ihnen, auf dem Posten bleibt. Damit können wir mit Werner Stauffacher und Friedrich Schiller sagen:

**«Wir stiften keinen neuen Bund, es ist
Ein uralt' Bündnis nur von Väterzeit,
Das wir erneuern! Wisset Eidgenossen!»¹⁶**

So wird unsere Schweiz auch in Zukunft frei und unabhängig bleiben. Gott helfe, dass es gelinge !

- Vive la Suisse!
- Viva la Svizzera!
- Viva la Svizra!
- Es lebe die Schweiz!

¹⁶ Friedrich Schiller: Wilhelm Tell (1804), in: Robert Nef: Dichter der Freiheit, ein Friedrich-Schiller-Brevier, Bern 2006, S. 21.